

## **Drin ist Drin**

### *Die grüne Integrationspolitik*

16/-68, 2. Auflage

#### **Drin ist drin**

Zuwanderung ist eine Bereicherung für unser Land. Viele Migrantinnen und Migranten, die zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland leben, prägen das wissenschaftliche, intellektuelle und künstlerische Leben mit. Ein Einwanderungsland wie Deutschland kann es sich nicht leisten, Menschen mit ausländischen Wurzeln auszugrenzen. Daher wollen wir Grüne mit den hier lebenden Migrantinnen und Migranten einen gesellschaftlichen Integrationsvertrag schließen. Das ist Teil des neuen, umfassenden Integrationskonzeptes, welches die grüne Bundestagsfraktion 2006 entwickelt hat. Unser Ziel ist es, dass sich Migrantinnen und Migranten schnell und verstärkt einbürgern, als Zeichen, dass sie sich mit Gesellschaft und Staat identifizieren. Zuwanderer sollten daher von Beginn an als künftige Staatsbürger wahrgenommen werden – mit allen Rechten und Pflichten.

#### **Die Bilanz schwarz-roter Politik ist ernüchternd**

An Großspurigkeit mangelt es der großen Koalition nicht. So als habe es Rot-Grün nie gegeben, reklamieren ausgerechnet die konservativen Erben der Kohl-Ära für sich, einen „Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik“ eingeleitet zu haben. Wir meinen, die Bilanz schwarz-roter Integrationspolitik ist ernüchternd. Mit ihr verhält es sich, wie mit dem freundlichen Herrn Tur Tur, dem Scheinriesen aus dem Kinderbuch „Jim Knopf und Lukas, der Lokomotivführer“: Je näher man kommt, desto kleiner wird er!

#### **Der Integrationsgipfel: außen hui – innen pfui**

Dabei hat die große Koalition mit ihrem sogenannten Integrationsgipfel einen wichtigen gesellschaftspolitischen Prozess initiiert. Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder, der Städte und Kommunen – aber auch nichtstaatlicher Organisationen (Wirtschafts- und Wohlfahrtsverbände, der DGB und Migrantenselbstorganisationen) haben im sogenannten Nationalen Integrationsplan rund 400 Selbstverpflichtungen in zehn Aktionsfeldern verabredet – davon 134 seitens der Bundesregierung. Wir Grüne haben nachgehakt. Und siehe da: Ein Drittel dieser Selbstverpflichtungen sind lediglich unverbindliche Absichtserklärungen. Und da, wo Schwarz-Rot Geld in die Hand nimmt, führt es lediglich die Strukturansätze fort, die Rot-Grün initiiert hatte. Ein Drittel seiner 90 haushaltsrelevanten Selbstverpflichtungen kosten den Bund deutlich weniger als eine Million Euro. Besonders geizig ist die große Koalition dort, wo insbesondere die Union gerne die größten Krokilstränen vergießt – nämlich bei der Integrationsförderung von Migrantinnen: So wurden zum Beispiel die niedrigschwelligen Beratungsangebote für besonders schwer erreichbare Migrantinnen – gegenüber Rot-Grün – um 40 Prozent gekürzt!

#### **Gut gemeint heißt nicht gut gemacht**

Anspruch und Wirklichkeit schwarz-roter Integrationspolitik klaffen weit auseinander. Dies lässt sich gut am Beispiel der sogenannten Integrationskurse zeigen: Rot-Grün hatte hierfür über 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Und Schwarz-Rot? Die senkten gleich nach ihrem Amtsantritt die Ausgaben um über 60 Millionen Euro! Wir haben bei der Bundesregierung die Folgen dieser Politik abgefragt: So ist die Zahl der jährlich Teilnehmenden seit 2005 um 23 Prozent gesunken. Und von denen, die einen Integrationskurs begonnen haben, bestehen nur 22 Prozent den Abschlusstest.

#### **Die „blinden Flecken“ schwarz-roter Integrationspolitik**

Konservative Integrationspolitik endet regelmäßig dort, wo es darum geht, Migrantinnen und Migranten Rechte (wie zum Beispiel sichere Aufenthaltsrechte oder rechtliche Teilhabemöglichkeiten) an die Hand zu geben. Beispiel 1 – Einbürgerungsrecht: Die Einbürgerungszahlen in Deutschland liegen nach drei Jahren Schwarz-Rot im Keller. Die große Koalition hat dieses Thema komplett aus dem Nationalen Integrationsplan ausge-

klammert. Sie hat die Einbürgerungsmöglichkeiten für junge Migrantinnen und Migranten nicht erleichtert, sondern – im Gegenteil – erschwert. Sie hält am sogenannten Optionsmodell fest (nach dem sich junge Heranwachsende zwischen ihrem deutschen Pass und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden müssen). Und sie hat einen Einbürgerungstest eingeführt, der nicht nur Ausdruck des Misstrauens gegenüber einbürgerungswilligen Personen ist. Er soll auch abschrecken. Und tatsächlich: Die Zahl derjenigen, die den Einbürgerungstest absolvieren, lag im letzten Quartal 2008 noch mal ca. 50 Prozent unter dem Minusrekord der Einbürgerungszahlen in 2007.

Beispiel 2 – Erweiterung von politischen Teilhaberechten: Wir Grüne haben einen Gesetzentwurf zur Einführung des kommunalen Wahlrechts vorgelegt (Bundestagsdrucksache 16/6628). Dieser wurde in einer Innenausschussanhörung von der Mehrheit der geladenen Sachverständigen unterstützt. Die große Koalition blockiert dessen ungeachtet weiterhin.

Beispiel 3 – Verbesserung des Gleichstellungs- beziehungsweise des Antidiskriminierungsrechts: Wir Grüne wollen einen gesellschaftlichen Konsens fördern, der klarstellt, dass Diskriminierungen – gleich welcher Art – in einer Gesellschaft der Vielfalt nicht hinnehmbar sind. Die große Koalition hingegen lässt nichts unversucht, um die Ausweitung des Gleichstellungsrechts zu verhindern. Im Nationalen Integrationsplan jedenfalls gibt es hierzu nur warme Worte – aber keine einzige Selbstverpflichtung des Bundes.

Beispiel 4 – Verbesserung des Aufenthaltsrechts: Frauen- und Migrantinnenverbände unterstützen seit Jahren unsere Vorschläge zur Änderung des Aufenthaltsrechts zum Schutz vor Zwangsehen. Die große Koalition lehnte bis zum Schluss Maßnahmen für einen besseren aufenthaltsrechtlichen Schutz bei Zwangsehen ab. Besonders blamabel war hier die Rolle der Integrationsbeauftragten. Sie schwieg und deckte damit diese skandalöse Politik der Bundesregierung.

### **Integrationspolitik mit erhobenem Zeigefinger**

Ohnehin hat die konservative Integrationsbeauftragte Maria Böhmer – im Vergleich zu ihrer grünen Vorgängerin Marieluise Beck – eine bedenkliche Schwerpunktverlagerung vorgenommen: Humanitäre Problemlagen hier lebender Ausländerinnen und Ausländer – aber insbesondere auch von Flüchtlingen – sowie Fragen der Diskriminierung werden von der Integrationsbeauftragten entweder gar nicht mehr oder völlig unzureichend behandelt. Ohnehin geriert sich Frau Böhmer lieber – selbst im Januar 2008 im offen ausländerfeindlichen Wahlkampf von Roland Koch – als brave Parteisoldatin, denn als engagierte Ombudsfrau für die Interessen der hier lebenden MigrantInnen und Flüchtlinge. Eine Beauftragte aber, die nicht – wo nötig – dem Regierungshandeln öffentlich widerspricht, macht sich selbst überflüssig. Frau Böhmer gefällt sich lieber darin, als selbsternannte Sprecherin der Mehrheitsgesellschaft klarzustellen, was Migrantinnen und Migranten in Deutschland erst einmal alles lernen, respektieren und befolgen müssen, bevor man bereit sei, ihnen auf gleicher Augenhöhe zu begegnen. Das ist eine Integrationspolitik mit erhobenem Zeigefinger, die wir Grüne ablehnen.

### **Integrationspolitik nicht den Konservativen überlassen!**

Deutschland ist eine Gesellschaft der Vielfalt. Gerade an der Basis – in den Kommunen – engagieren sich Tausende in vielfältigen, innovativen Integrationsprojekten. Davon hat sich die grüne Bundestagsfraktion im Rahmen einer sogenannten Integrationstour „drin ist drin“ überzeugen können: 21 grüne Bundestagsabgeordnete haben in 25 Städten 60 zukunftsweisende Integrationsprojekte und -institutionen kennengelernt. Diese möchten wir in der Broschüre beispielhaft vorstellen. Mit großem Enthusiasmus gehen die Menschen dort an ihre Aufgaben. Solche Ansätze wollen wir finanziell besser ausstatten. Wir wollen sie besser untereinander vernetzen. Und – wenn die Projekte erfolgreich sind – sollten sie vor Ort auch als Regelangebot verankert werden. Es tut sich was in unserem Land. Wir wollen diesen Elan weiter fördern.

## **Spracherwerb**

### **Deutsch muss sein – Sprachkenntnisse als Basis für Integration**

Deutsch lernen, sprechen und verstehen ist zentraler Schlüssel zur Integration. Der Deutschunterricht muss deshalb bereits in Kindertagesstätten und Kindergärten beginnen und sollte auch in den Schulen, der Ausbildung und in allen weiteren Bildungsbereichen fortgeführt werden.

Die Muttersprachen wollen wir dabei nicht vernachlässigen – die Zweisprachigkeit von Kindern hat Entwicklungspotenzial. Deshalb treten wir auch dafür ein, freiwillige Angebote für die wichtigsten Herkunftssprachen wie Türkisch, Arabisch und Russisch auszubauen. In einer Welt zusammenwachsender Wissensgesellschaften ist es schließlich unverzichtbar, mehrere Sprachen zu beherrschen.

Mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 haben wir in der rot-grünen Bundesregierung die Sprachförderung in Deutschland auf eine neue Grundlage gestellt. Zuvor hatte der Bund nicht einmal für jede zehnte ZuwanderIn, die neu ins Land kam, einen Deutschkurs organisiert. Heute sollen all diese Menschen – und auch bereits in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten – mindestens so viel Deutsch lernen, wie sie brauchen, um ihren Aufenthalt zu sichern.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass nur wenige KursteilnehmerInnen dieses Ziel tatsächlich erreichen. Deshalb müssen wir das Angebot an Kursstunden ausweiten. Die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer müssen besser unterstützt werden, wenn es darum geht, sich um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bewerben oder eine Stelle anzutreten. Die Integrationskurse müssen verstärkt mit Bildungsangeboten in den Bereichen Beruf und Gesellschaft kombiniert und lokal besser mit den Arbeitsagenturen und den Migrationsberatungsstellen vernetzt werden.

### **Nordrhein-Westfalen: Zweisprachigkeit fördern**

» [www.raa.de](http://www.raa.de)

In einem Modell mit bundesweitem Vorbildcharakter haben die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in Nordrhein-Westfalen Programme entwickelt, die aufeinander abgestimmt die Sprache fördern:

- „Griffbereit“ führt Kinder im Alter von ein bis drei Jahren sowohl an die deutsche als auch die Herkunftssprache ihrer Eltern heran. Gleichzeitig wird jungen Eltern bei der Erziehung geholfen.
- „Rucksack“ will in Kita, Kindergarten und Grundschule sowohl die deutsche Sprache als auch Kompetenzen in der Muttersprache fördern – sowohl bei Kindern mit Migrationshintergrund als auch bei ihren Eltern. Dabei werden die Mütter als Expertinnen für die Erstsprache angesprochen und so in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt.
- „KOALA“, kurz für KOordinierte ALphabetisierung im Anfangsunterricht, ist ein Weg, zweisprachige Kinder zweisprachig zu alphabetisieren. Im Zusammenspiel zwischen KlassenlehrerIn und MuttersprachenlehrerIn werden die Kinder sowohl in Deutsch als auch in Türkisch unterrichtet.

### **Stuttgart: Kurse perfekt organisiert**

» [www.stuttgart.de](http://www.stuttgart.de)

Eine Odyssee durch die Behörden kann die Lust auf einen Sprachkurs schnell bremsen. Das will Stuttgart vermeiden: In der Informationsstelle des Stuttgarter Sozialamts finden Migrantinnen und Migranten über eine zentrale Erstberatungsstelle schnellen Zugang zum passenden Kursangebot. Sie bekommen hier einen Überblick über die Träger- und Kursprofile sowie über die aktuellen Termine. Auf kommunaler Ebene führt ein „Kooperationsnetzwerk Sprachförderung“ die lokalen SprachkursanbieterInnen, die RegionalkoordinatorIn des Bundesamtes, die Ausländerbehörde, die Arbeitsagentur, das Sozialamt und die Migrationserstberatung zusammen.

## **Kita**

### **Spielend integriert – schon im Kindergarten**

Der Grundstein für Integration wird schon im Kindergarten und in der Kita gelegt. Parallel mit der Kindertagesbetreuung sollte bereits die Sprachförderung beginnen. Wir setzen uns deshalb für einen Rechtsanspruch auf kostengünstige, ganztägige Betreuungsplätze ein – und zwar schon für Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Und wir befürworten Anreize wie ein beitragsfreies Kindergartenjahr, damit möglichst alle sozial schwächeren Familien Kindergartenangebote nutzen können.

Drei Dinge müssen sich in der Kinderbetreuung ändern:

- Generell muss der Bildungsauftrag mehr Gewicht bekommen. Dazu gehört eine vertiefte pädagogische Ausbildung, mit der die ErzieherInnen auf die besonderen Anforderungen etwa hinsichtlich Spracherwerb oder Interkulturalität vorbereitet werden.
- Fachkräfte mit Migrationshintergrund müssen stärker einbezogen werden.
- Kinder mit Migrationshintergrund dürfen nicht sozial und kulturell ausgegrenzt werden. Dazu brauchen wir verbindliche Grundstandards bei Erziehung und Bildung, angemessene Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen und ein effizientes Qualitätsmanagement. Nur dann kann die für den weiteren Lebensweg so wichtige Förderung im Kindergarten erfolgreich gelingen.

Für die Integration der Kinder brauchen wir auch die Eltern. Um ihnen bei der Erziehung und der Familienbildung helfen zu können, wollen wir Kitas und Schulen zu Familienzentren weiterentwickeln. Dort können zum Beispiel Erziehungspartnerschaften mit den Eltern geschlossen werden. Passend zu den verschiedenen Lebensphasen ihrer Kinder erhalten die Eltern in diesen Zentren einen einfachen Zugang zu den untereinander vernetzten kommunalen Unterstützungsangeboten.

### **Essen-Katernberg: Viele Hilfen aus einer Hand**

Kinder- und Familienzentrum „Blauer Elefant“

» [www.kinderschutzbund-essen.de](http://www.kinderschutzbund-essen.de)

„Viele Hilfen aus einer Hand“ – das ist das Motto des Kinder- und Familienzentrums „Blauer Elefant“. Es ist nicht nur eine Kita, sondern zugleich auch eine Erziehungsberatungsstelle sowie ein Kinder- und Jugendtreff. Die vielfältigen Angebote werden auf jedes Kind individuell zugeschnitten: Sprachförderprogramme, Sprachtherapie und Angebote in der Muttersprache sind dabei nur ein Teil der Integrationsarbeit. Integration wird hier vor allem als soziale Aufgabe begriffen – schließlich kennt Armut keinen Pass. Die langen Öffnungszeiten, der verlässliche Abholservice, das Wochenend-Café und die Ferienfreizeiten richten sich generell an alle Eltern, die Gefahr laufen, durch das soziale Netz zu fallen, und an solche, die Hilfe bei der Erziehung benötigen. Zu Recht ist der „Blaue Elefant“ eine von sechs Referenzeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen für Kinder- und Familienzentren.

### **Berlin: Das Fremde studieren**

Interkulturelle Fachhochschulausbildung für Kita-ErzieherInnen

» [www.asfh-berlin.de](http://www.asfh-berlin.de)

Erstmals in Deutschland wird an der Alice-Salomon-Fachhochschule in Berlin-Hellersdorf ein Bachelor-Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ angeboten. In jedem Modul stehen für die rund vierzig Studierenden pro Jahrgang das Verständnis und die Vermittlung interkultureller Kompetenzen auf dem Studienplan. Dabei geht es beispielsweise darum, sprachliche, aber auch kommunikative und interaktive Fähigkeiten zu erwerben, die Bedeutung kultureller Differenz zu beachten, die Ängste in der aufnehmenden Gesellschaft abzubauen und kompetent mit Selbst- und Fremdbildern, Vorurteilen und Projektionen umzugehen.

## Schule

### Vielfalt im Klassenzimmer – von den Kulturen profitieren

Das deutsche Bildungssystem benachteiligt Kinder aus sozial schwachen Familien – und damit in der Regel auch Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Statt sie schon früh in Haupt-, Real- und GymnasialschülerInnen zu trennen und damit soziale Unterschiede zu verstärken, sollten Kinder länger gemeinsam lernen. Dabei müssen sie nach ihren jeweiligen Bedürfnissen gefördert werden – nur so können Jungen und Mädchen entdecken, was in ihnen steckt. Eine vielfältige Schülerschaft kann zu besseren Leistungen aller Kinder führen.

Wir müssen sowohl die Struktur als auch die Qualität unserer Schulen verbessern:

- Lehrerinnen und Lehrer müssen lernen, pädagogisch und didaktisch besser auf Kinder aus verschiedenen Kulturen einzugehen. Beim Lehramtsstudium muss Deutsch als Zweitsprache eine größere Rolle spielen. Junge Migrantinnen und Migranten sollen ermutigt werden, LehrerIn zu werden.
- In allen Bildungsstufen muss sowohl die deutsche als auch die Muttersprache gefördert werden. Das geht in Ganztagschulen besser: Dort haben die Kinder nicht nur mehr Zeit für Sprachunterricht, sondern auch mehr Gelegenheit für Gespräche und Kontakte.
- Soll Integration an der Schule gelingen, müssen alle Beteiligten – Kinder, Lehrende und Eltern – zu Dialog und Kompromissen bereit sein. So benötigen wir neue Ansätze und Ideen, um gerade jene Eltern anzusprechen, die sich bislang wenig um die Bildung ihrer Kinder kümmern. Die Jugendlichen sollten so eingebunden sein, dass sie sich mit ihrer Schule identifizieren und den Alltag dort engagiert mitgestalten.
- Um Ausgrenzung zu verhindern, müssen die Schulen gestärkt werden, damit alle Kinder – also auch die muslimischen Schülerinnen – an Klassenfahrten, Sport-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht teilnehmen können.

### Mannheim: Von- und miteinander lernen

Freie Interkulturelle Waldorfschule

» [www.fiw-mannheim.de](http://www.fiw-mannheim.de)

In der ersten und einzigen interkulturellen Waldorfschule in Deutschland haben nicht nur 40 Prozent der SchülerInnen, sondern auch mehr als die Hälfte der Lehrkräfte einen Migrationshintergrund. „Förderung statt Auslese“ ist das Motto dieser Ganztags-Gesamtschule. Niemand bleibt sitzen, und lernschwächere Kinder werden nicht auf Haupt- oder Sonderschulen geschickt. Unterschiedliche Kulturen und Fähigkeiten werden als Chance begriffen und genutzt. Gutes Deutsch lernen die Kinder von klein auf durch Gedichte, Lieder und Märchen, aber genauso beispielsweise beim gemeinsamen Bepflanzen des Gartens. Auch wenn zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, gelingt es Kindern auf diese Art nachweislich sehr schnell, sprachliche Defizite zu überwinden. Je nach Herkunft der Schülerinnen und Schüler stehen zusätzlich auch Sprachen wie Polnisch, Russisch oder Türkisch auf dem Stundenplan.

### Berlin-Kreuzberg: Paten für gutes Deutsch

Otto-Wels-Grundschule

» [www.ottowels.cidsnet.de](http://www.ottowels.cidsnet.de)

Zwölf ausgebildete ehrenamtliche LesepatInnen und 17 studentische Men-torInnen stehen hier den SchülerInnen zur Seite, die zu 90 Prozent ausländische Wurzeln haben. Die Schule fördert auch das gemeinsame Lesen und die Unterhaltung in deutscher Sprache daheim. So bekommen beispielsweise Familien für zwei Wochen einen mit Büchern und Lesedecke bestückten Koffer mit nach Hause. Die Eltern haben außerdem die Möglichkeit, in unterrichtsbegleitenden Kursen Deutsch zu lernen. Um Väter und Mütter von der ersten Klasse an stärker in die Arbeit der Schule einzubinden, schloss sie 2006 mit dem Türkischen Elternverein einen Kooperationsvertrag.

## **Berufsausbildung**

### **Ausbildung sichern – Diskriminierungen abbauen**

Nach einer guten Schulbildung ist eine abgeschlossene Berufsausbildung der nächste Eckpfeiler für die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Derzeit ist die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund katastrophal: 40 Prozent erhalten keine weiterführende schulische oder berufliche Ausbildung. Selbst hoch motivierte junge Menschen mit gutem Schulabschluss werden wegen ihrer Herkunft benachteiligt. Junge Migrantinnen besuchen zwar häufiger weiterführende Schulen und haben in der Regel bessere Schulabschlüsse als ihre männlichen Mitschüler – dennoch wählen sie oft Berufe, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen.

Das müssen wir ändern:

- Jugendliche ohne weiterführende Ausbildung müssen einen Schulabschluss nachholen oder sich zumindest auf einem Berufsfeld weiter qualifizieren können.
- Interkulturelle Kompetenz und Zweisprachigkeit von jungen Migrantinnen und Migranten muss als Pluspunkt in der Ausbildung berücksichtigt und in Zeugnissen belegt werden.
- Netzwerke von Schulen und der Bundesagentur für Arbeit müssen gegensteuern, wenn selbst MigrantInnen mit guten Abschlüssen und hoher Motivation benachteiligt werden. Auch Unternehmerinnen und Unternehmer – ob sie nun einen Migrationshintergrund haben oder nicht – können ihren Beitrag leisten.
- Die Berufsberatung an Schulen muss früher beginnen und geschlechtsneutral sein. Die Eltern müssen in verständlicher Form über das deutsche Ausbildungssystem informiert und als PartnerInnen für eine bestmögliche und zukunftssträchtige berufliche Ausbildung ihrer Kinder – gerade auch ihrer Töchter – gewonnen werden.
- Der öffentliche Dienst muss sich aktiv um Jugendliche mit Migrationshintergrund bemühen, die bisher als Beschäftigte stark unterrepräsentiert sind.

### **Mannheim: Hilfe auf dem Weg in den Beruf**

Interkulturelles Bildungszentrum (ikubiz)

» [www.ikubiz.de](http://www.ikubiz.de)

Mit einfallsreichen Ansätzen hilft das Zentrum seit 1983 Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei der Ausbildung und beim Einstieg in den Beruf. Die Unterstützung fängt schon bei den Kleinsten an: Im Leseladen können Kinder zusammen mit ihren Müttern Deutsch lernen. Ab der fünften Klasse ist das ikubiz an 16 Haupt- und acht Berufsschulen aktiv. Eines der vielen Angebote ist das „Frühwarnsystem“, das hilft, sich abzeichnende Probleme bei der Ausbildung rechtzeitig zu erkennen und gemeinsam mit SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zu lösen. In der „Mädchenwerkstatt“ können sich Mädchen an der Werkbank erproben oder fit am Computer werden. So sollen die jungen Frauen neue Ideen für ihre Berufswahl bekommen. Seit über zehn Jahren gibt es zudem einen Verbund mit Unternehmen, um Jugendlichen aus Migrantenfamilien zu einem Ausbildungsplatz zu verhelfen.

### **Berlin: Orientierung im Bildungsdschungel**

KUMULUS

» [www.aub-berlin.de](http://www.aub-berlin.de)

Seit 1993 berät KUMULUS Jugendliche und Eltern mit ausländischen Wurzeln in allen Fragen rund um die Bildung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind selbst unterschiedlichster Herkunft. An Oberschulen informieren sie über Wege zur schulischen und beruflichen Ausbildung. Gezielt sprechen sie aber auch die Eltern an – wenn erforderlich auf arabisch, türkisch oder russisch. KUMULUS hilft ganz konkret: Die Beratungsstelle vermittelt Ausbildungsplätze und Praktikumsstellen, stellt Kontakte her zu Institutionen und Ämtern, und betreut die Jugendlichen während der Ausbildung.

## **Arbeitsmarkt**

### **Weiterbilden und beraten – Integration durch Arbeit**

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist elementar für die Integration. Wer aufgrund seiner Herkunft keine Chance auf Arbeit hat, dem bleibt auch die Teilhabe an der Gesellschaft versagt. Mit einem Bündel an Maßnahmen müssen wir MigrantInnen fit machen für den Job:

- Grundvoraussetzung für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt sind ausreichende Sprachkenntnisse. Dafür brauchen wir berufsbezogene Deutschkurse. Integrationslotsen sollen MigrantInnen in Fragen der beruflichen Integration kompetent beraten.
- Die Arbeitsagenturen sollen bei Vermittlung und Beratung die individuellen Stärken von Migrantinnen und Migranten intensiver fördern und helfen, Hürden abzubauen.
- Die berufliche Aus- und Weiterbildung wollen wir gezielt fördern. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund sollen umfassend am lebensbegleitenden Lernen inner- und außerhalb der Betriebe teilnehmen. Qualifikationen, die sie bereits aus dem Ausland mitbringen, müssen auch hierzulande besser anerkannt werden.
- Den öffentlichen Dienst müssen wir systematisch öffnen – hier ist der Anteil nichtdeutscher Beschäftigter so gering wie in keinem anderen Wirtschaftszweig. Fremdsprachen und interkulturelle Kompetenzen sollten positive Einstellungskriterien sein. Kampagnen und Bewerbungstrainings sollen sich an Jugendliche mit Migrationshintergrund richten.
- Unternehmensgründungen von MigrantInnen wollen wir fördern, gerade auch von Frauen. Über die Möglichkeit zur Existenzgründung müssen sie besser informiert werden als bisher, sie brauchen mehr Beratung und eine einfachere Genehmigung. Auch die Förderung solcher Vorhaben müssen wir erleichtern, vor allem den Zugang zu Mikrokrediten.

### **Osnabrück: Anerkennung für AkademikerInnen**

Graduierte für Europa

» [www.equal-genia.de](http://www.equal-genia.de)

An der Fachhochschule Osnabrück können ZuwanderInnen mit entsprechenden Vorqualifikationen in einem Weiterbildungsstudiengang einen „Master of Business Administration“ erwerben und sich so für den europäischen Arbeitsmarkt qualifizieren.

### **Bundesweit: Netzwerk für bessere Chancen**

MigraNet

» [www.migranet.org](http://www.migranet.org)

In diesem Netzwerk haben sich 14 Initiativen in vier Städten zusammengeschlossen. Ihr gemeinsames Ziel: die beruflichen Möglichkeiten für Migrantinnen und Migranten verbessern. Kleine und mittlere Unternehmen werden motiviert, Personal aus anderen Kulturen einzustellen. Arbeitssuchenden hilft MigraNet, ihre Fähigkeiten einzuschätzen und sich bei der Weiterbildung zu orientieren.

### **Osnabrück: Führung übernehmen**

Interkulturelle Qualifizierung der Stadtverwaltung

» [www.osnabrueck.de/7314.asp](http://www.osnabrueck.de/7314.asp)

Mit diesem einmaligen Mentoringprogramm sollen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund für Führungspositionen qualifiziert werden. Zudem will die Stadtverwaltung so auch ihre interkulturellen Servicequalitäten verbessern.

### **Nordrhein-Westfalen: Starthilfe für GründerInnen**

Regionale Transferstelle zur Förderung Selbstständiger

» [www.retra.de/arbeitskreis/arbeitskreisindex.shtml](http://www.retra.de/arbeitskreis/arbeitskreisindex.shtml)

Die Institution berät seit mehr als zehn Jahren MigrantInnen, die ein Unternehmen gründen wollen. Sie hilft den GründerInnen, ein Konzept auszuarbeiten und informiert sie über Förderung, Finanzierung, Qualifizierung und Weiterbildung. Vier von zehn InteressentInnen sind inzwischen gut ausgebildete Frauen.

## **Prävention von (sexueller) Gewalt**

### **Gewaltfrei und selbstbestimmt – Rollenmuster aufbrechen**

Männer und Frauen sind gleichberechtigt und gleichgestellt – das sind Grundwerte unseres Grundgesetzes. Mädchen und Frauen müssen selbst über ihr Leben bestimmen, ihre Persönlichkeit frei entfalten und in vollem Umfang an dieser Gesellschaft teilhaben können. Wir müssen alles dafür tun, um Migrantinnen diese Rechte zu gewähren und sie vor Gewalt zu schützen. Bessere Aufenthaltsrechte, Prävention an Schulen, überall verfügbare Beratung und leicht zugängliche Schutzprogramme sind dafür notwendig.

Um Gewalt in Familien vorzubeugen und arrangierte Zwangsehen zu verhindern, müssen wir uns um Fragen der Erziehung kümmern. Integrationsangebote für Mütter und Väter können helfen, gewaltfreie Erziehungsmethoden und Toleranz gegenüber selbstbestimmten Lebensentwürfen der Kinder zu vermitteln. Medienkampagnen, die sich an Migrantenfamilien richten, sind ein geeignetes Mittel, um diese Themen anzusprechen.

Eine effektive Präventionsarbeit setzt auch bei den Jungen an, die häufig vorgelebte patriarchale Rollenmuster übernehmen. Es besteht die Gefahr, dass sie ihren Schwestern oder Freundinnen gegenüber gewalttätig werden. In einigen Fällen sind aber Jungen genauso Opfer häuslicher Gewalt. Eine gute Jungenarbeit muss hier ansetzen.

### **München: Mädchen und Jungen schützen**

AMYNA – Verein zur Abschaffung von sexuellem Missbrauch und sexueller Gewalt » [www.amyna.de](http://www.amyna.de)

Dieses Projekt kümmert sich um den Schutz von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund vor sexualisierter Gewalt. Auf Elternabenden informiert AMYNA Mütter und Väter aus dem islamischen Kulturkreis, wie sie ihre Kinder durch präventive Erziehung schützen können. Ein Schwerpunkt ist die Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen.

### **Berlin: Ansprechpartner für heikle Fragen**

Peers in the City » [www.bildungsteam.de](http://www.bildungsteam.de)

Hundert Jugendliche aus den Berliner Bezirken Kreuzberg und Neukölln beschäftigten sich in dem Projekt mehrere Tage mit Themen wie Geschlechterrollen, Identität, Gewalt und Sexualität. In nach Geschlechtern getrennten Kursen ließen sich die Haupt- und GesamtschülerInnen zu sogenannten Peer-Educators ausbilden. Als MultiplikatorInnen können sie nun andere Jugendliche mit Theaterstücken oder Filmen ansprechen. 2006 wurde „Peers in the City“ dafür mit dem Preis „Neue Wege für Jungs“ geehrt.

### **Hannover: Hilfe für Opfer und Täter**

Männerbüro Hannover e. V. » [www.maennerbuero-hannover.de](http://www.maennerbuero-hannover.de)

Das Männerbüro ist eine in Deutschland einzigartige Einrichtung. Sowohl Jungen und Männer, die sexuelle Gewalt erleben mussten, als auch jene, die gewalttätig sind, finden hier Beratung und Therapieangebote – auch in ihrer Muttersprache. Darüber hinaus sind Männlichkeitsideale, Zwangsehen, Fluchterfahrungen und Fragen wie die nach Ehe und Familie im Islam Themen im Männerbüro. Das Präventionsangebot richtet sich gezielt an Jungen mit Migrationshintergrund. Gruppenkurse sollen ihnen helfen, Konflikte ohne Gewalt zu bewältigen.

## Staatsangehörigkeitsrecht

### Deutscher werden – Einbürgerungen weiter erleichtern

Das noch aus dem Kaiserreich stammende deutsche Staatsangehörigkeitsrecht haben wir gleich zu Beginn der rot-grünen Koalition von Grund auf reformiert: Entscheidend für die deutsche Staatsangehörigkeit ist seit her entweder die Herkunft der Eltern oder der Ort der Geburt. In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten somit automatisch mit der Geburt einen deutschen Pass, sofern sich zumindest ein Elternteil acht Jahre rechtmäßig in Deutschland aufgehalten hat.

Diese Reform hat staatspolitisch eine enorme und langfristige Wirkung. Denn sie verändert unser Verständnis darüber, wer Deutsche beziehungsweise Deutscher ist. Deutschland hat sich damit dem republikanischen Staatsbürgerschaftsverständnis angepasst, das uns in vielen anderen EU-Ländern schon seit langem vorgelebt wird.

Unsere Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes war ein entscheidender gesellschaftspolitischer Fortschritt. Wir haben damit das Recht an die elementaren Notwendigkeiten eines Einwanderungslandes angepasst. Unser Anliegen, neben der deutschen zugleich auch eine zweite Staatsangehörigkeit zu ermöglichen, war gegen den Widerstand von Union und FDP allerdings nicht durchzusetzen. Sie haben mit dem sogenannten Optionsmodell das Gegenteil erreicht: Junge DoppelstaatlerInnen müssen sich an ihrem 23. Geburtstag entweder für ihren deutschen oder den anderen Pass entscheiden.

Wir schlagen einen gesellschaftlichen Integrationsvertrag vor, mit dem wir MigrantInnen neue Angebote machen und sie zugleich dazu bringen, ihren Teil zur Entwicklung des Landes beizutragen. Dazu müssen wir die Einbürgerungspolitik weiterentwickeln. Denn wir haben in Deutschland nicht zu viele, sondern im internationalen Vergleich immer noch zu wenige Einbürgerungen. Deshalb haben wir 2006 einen umfassenden Gesetzentwurf vorgelegt, der folgende Kernpunkte umfasst:

- Die Fristen für die Einbürgerung werden von acht auf sechs Jahre verkürzt.
- Ein Kind soll bei einer Geburt im Inland auch dann schon Deutsche oder Deutscher sein, wenn sein Vater oder seine Mutter eine Niederlassungserlaubnis besitzt – egal, wie lange er oder sie hier lebt.
- Die doppelte Staatsbürgerschaft wollen wir grundsätzlich zulassen. Übergangsweise sollten zumindest EU-BürgerInnen, SchweizerInnen und Angehörige bestimmter, besonders eng assoziierter Staaten wie der Türkei generell die Möglichkeit haben, ihre alte Staatsangehörigkeit zu behalten. Zudem sollte klargestellt werden, dass ein Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit durch die Wiederannahme einer anderen Staatsangehörigkeit erst nach einer entsprechenden Behördenfeststellung wirksam werden kann – TürkInnen war in den letzten Jahren massenhaft ihre deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden.
- Eine möglicherweise rechtswidrige Einbürgerung soll nur binnen fünf Jahren widerrufen werden können. Das gebietet insbesondere die Sorge um das Schicksal etwaiger Kinder.
- Schutzbedürftige Gruppen wie beispielsweise Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention brauchen einen verbesserten Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Ein Einbürgerungsantrag von Flüchtlingen darf nicht – wie bisher in Deutschland üblich – zum Anlass genommen werden, die Anerkennung als Flüchtling zu überprüfen.

## Partizipation

### Mitmachen und mitbestimmen – politisch dazugehören

Integration zu fördern heißt auch, Migrantinnen und Migranten am Prozess der politischen Willensbildung zu beteiligen. Nur wer sein Lebensumfeld aktiv mitgestalten kann, wird sich auch damit identifizieren. Deshalb wollen wir zugewanderten Frauen und Männern neue Wege eröffnen und sie ermutigen, sich an ihrem Wohnort und in ihrem Stadtteil politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Wir begrüßen es, wenn sich Menschen aus anderen Kulturen im Rahmen unserer Verfassung für ihre Interessen einsetzen und in Verbänden zusammenschließen. Besonders positiv ist es, wenn sie sich über ihre berechtigten eigenen Belange hinaus auch für allgemeine gesellschaftliche Themen stark machen – das zeigt, wie sehr sie zur Gesellschaft gehören und wie unverzichtbar sie bereits für den politischen Diskurs geworden sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass Migrantinnen und Migranten schneller als bisher die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen können. Aber auch die Rechte von Migrantinnen und Migranten, die schon lange in Deutschland leben, jedoch keinen deutschen Pass haben, müssen ausgeweitet werden – über ein kommunales Wahlrecht hinaus.

## **Nürnberg: ExpertInnen für die Nachbarschaft**

Südstadtkids

» [www.suedstadtkids.de](http://www.suedstadtkids.de)

Sie sind HauptschülerInnen, die Eltern der meisten stammen aus dem Ausland, und sie sind engagiert. 50 Mädchen und Jungen der Nürnberger Schule am Hummelsteiner Weg haben sich in den vergangenen sechs Jahren als „Südstadtkids“ ausbilden lassen. Sie führen GymnasiastInnen aus anderen Stadtteilen durch ihr Viertel und zeigen ihnen, was Migration für sie bedeutet. Oder sie organisieren Elternabende, auf denen sie das deutsche Bildungssystem erklären. Wenn sie Radiosendungen produzieren, verbessern sie nebenbei ihr Deutsch, das Programmieren von Websites ist Berufsvorbereitung, die Spaß macht und belohnt wird: Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung verlieh den „Südstadtkids“ den Innovationspreis.

## **Berlin: Imece heißt gemeinsam anpacken**

Quartiersmanagement Wrangelkiez

» [www.quartiersmanagement-wrangelkiez.de](http://www.quartiersmanagement-wrangelkiez.de)

Fast 40 Prozent der Menschen im Berliner Wrangelkiez haben einen Migrationshintergrund. Das Quartiersmanagement bemüht sich seit 1999, das Viertel für BewohnerInnen und Geschäftleute attraktiver zu machen. Dazu gehören eine Bildungsoffensive mit Eltern-Kind-Angeboten für besseres Deutsch und Theaterprojekten in Kitas. Türkischstämmige EinwohnerInnen werden für die Mitarbeit in ihrem Kiez mobilisiert – nach einem Vorbild aus der Türkei: „Imece“ heißen dort auf dem Land Gemeinschaftsaufgaben, die mit vereinten Kräften erledigt werden.

## **Bochum: Tipps für engagierte MigrantInnen**

Fachberatungsstelle für Migrantenselbstorganisationen

» [www.paritaet-nrw.org](http://www.paritaet-nrw.org)

Die Nachfrage ist groß und steigt weiter: Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 haben sich mehr als 200 Selbstorganisationen von MigrantInnen an die bundesweit einzigartige Beratungsstelle in Bochum gewandt. Hier erhalten sie Tipps, wie sie ihr Engagement professioneller und wirkungsvoller gestalten können – das nutzt auch der Öffentlichkeit und Verwaltung.

## **Kommunale Integration**

### **Im Stadtteil klarkommen – Integration beginnt vor Ort**

Internationalität, kulturelle Vielfalt und Offenheit für verschiedenste Lebensweisen machen Städte attraktiv. Ein harmonisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Herkunft, eine gelungene Integration also, ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Gemeinden. Integrationsarbeit findet vor allem in den Kommunen statt. Hier sind die Folgen einer erfolgreichen oder einer verfehlten Integrationspolitik am schnellsten und am unmittelbarsten spürbar.

Erfreulicherweise findet die kommunale Integrationspolitik in den letzten Jahren immer größere Beachtung. Bewährt haben sich Integrationsleitstellen, die möglichst weit oben in der Verwaltungshierarchie angesiedelt sind. Sie können Maßnahmen zur Integration am besten koordinieren, Zuständigkeiten bündeln und öffentliche und private AkteurInnen vernetzen.

Wichtig ist dabei zweierlei:

- Integrationsarbeit muss in den Stadtvierteln beginnen, in denen viele arme und sozial benachteiligte Menschen leben. Hier brauchen wir Schulen und Jugendeinrichtungen mit ausreichend PädagogInnen und SozialarbeiterInnen. Familien und kleine Kinder müssen dort besonders gefördert werden. Berufliche Aus-

bildung und lokale Wirtschaft benötigt in solchen Stadtteilen intensive Unterstützung. Mit der Diskriminierung – zum Beispiel bei der Wohnungssuche – muss Schluss sein.

- Der öffentliche Dienst in den Kommunen muss sich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund öffnen. Das gebietet die Gerechtigkeit. Nur so kann sichergestellt werden, dass MigrantInnen ihren Bedürfnissen entsprechend versorgt werden.

## **Essen: Eine Zentrale für Integration**

Interkulturelles Büro der Stadt

» [www.essen.de](http://www.essen.de)

Mehr als ein Fünftel der Essener Familien hat einen Migrationshintergrund. Im städtischen Büro für interkulturelle Arbeit schlossen sich 1999 der Ausländerbeirat und die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zusammen. Hier sind seitdem alle Bemühungen um ein gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben aller Kulturen der Stadt gebündelt. Das Büro entwickelt und erprobt neue Integrationsangebote, koordiniert Initiativen und kontrolliert die Umsetzung.

## **Stuttgart: Vielfalt als Potenzial**

Stabsabteilung Integration der Stadt

» [www.stuttgart.de](http://www.stuttgart.de)

Kulturelle Vielfalt wird in Stuttgart als wichtiges Entwicklungspotenzial begriffen. Die Stadt will ihre Verwaltung deshalb internationaler und interkultureller ausrichten. Zuständig dafür sind die fünf MitarbeiterInnen der Stabsstelle Integration, die beim Oberbürgermeister angesiedelt ist.

## **Wuppertal: Eigeninitiative stärken**

Ressort Zuwanderung und Integration

» [www.integration-in-wuppertal.de](http://www.integration-in-wuppertal.de)

2002 gründete die Stadt ein eigenständiges Ressort, das das Ausländeramt und andere für Integration relevante Stellen der Verwaltung bündelt. Dort finden nicht nur Migrantinnen und Migranten sowie deren Organisationen Beratung, das Ressort bietet beispielsweise auch Fortbildungen für interkulturelle Pädagogik an. Ein weiteres Anliegen ist es, die Beteiligung und das Engagement von Migrantinnen und Migranten zu fördern.

## **Integration des Islam**

### **Gleiche Rechte für alle Religionen – den Islam gleichstellen**

Die Zuwanderung hat nicht nur fremde Kulturen, sondern auch Religionen nach Deutschland gebracht. Die größte Gruppe bilden die MuslimInnen. Um sie zu integrieren, ist die rechtliche Gleichstellung des Islam unser Ziel.

Die religiösen Bedürfnisse von MuslimInnen in allen Lebensbereichen müssen genauso berücksichtigt werden wie die von ChristInnen oder Juden und Jüdinnen. Dies gilt beispielsweise für die seelsorgerische Betreuung in Krankenhäusern, Gefängnissen, Seniorenheimen oder bei der Bundeswehr. In Schulen soll deutschsprachiger islamischer Religionsunterricht genauso wie der für christliche und jüdische Kinder angeboten werden. Nicht zuletzt deswegen muss die Ausbildung von Imamen und muslimischen ReligionslehrerInnen an deutschen Universitäten eingeführt beziehungsweise deutlich ausgebaut werden. Dafür brauchen wir Lehrstühle für islamische Theologie.

Für einen fruchtbaren Dialog und eine erfolgreiche Zusammenarbeit des Staates mit der islamischen Bevölkerung benötigen wir demokratisch legitimierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die die Musliminnen und Muslime in unserer Gesellschaft vertreten.

Islamische Strömungen, die Rassismus, Antisemitismus oder die Diskriminierung von Frauen und Homosexuellen propagieren, haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Von allen Menschen, die in Deutschland leben, erwarten wir, dass sie sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen.

## **Mannheim: Eine Moschee öffnet sich**

Institut für Deutsch-Türkische Integrationsstudien und interreligiöse Arbeit

» [www.institut-mannheim.de](http://www.institut-mannheim.de)

Ein Schwerpunkt der Arbeit des 1995 gegründeten Instituts ist das Projekt „Offene Moschee“. 300.000 Interessierte haben bisher die Mannheimer Yavuz-Sultan-Selim-Moschee besucht – nicht-muslimische Frauen dürfen das Gotteshaus inzwischen sogar ohne Kopftuch betreten. Gleichzeitig organisiert das Institut auch Besuche von MuslimInnen in Kirchen und Synagogen. Christlich-islamische Schulgottesdienste bringen schon Kindern die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Religionen nahe. Das Institut berät auch konkret, wie muslimische Bräuche und Feste in den Alltag von Kindergärten und Schulen integriert oder Trauungen von ChristInnen und MuslimInnen gestaltet werden können.

## **Duisburg: Begegnung unterm Minarett**

Begegnungsstätte an der Moschee Duisburg-Marxloh

» [www.ditib-du.de](http://www.ditib-du.de)

Die islamische Gemeinde Duisburg-Marxloh nutzt den Neubau ihrer Moschee, um einen Ort der Begegnung zwischen muslimischen und andersgläubigen BewohnerInnen des Viertels zu schaffen. Im Norden der Stadt entsteht nicht nur ein Gotteshaus mit Kuppeln und Minarett, sondern auch ein Zentrum für den interkulturellen Dialog. Um dieses Ziel zu erreichen und dem Projekt eine breite Basis zu geben, hat die Gemeinde einen Beirat eingerichtet, in dem auch christliche Kirchen, Vereine, Parteien, NachbarInnen und Kaufleute vertreten sind.

## **Adressen**

Die grüne Integrationstour: Weitere besuchte Projekte

Anleitung zum Fremdgehen – ein Projekt des Institut für Interkulturelle Kommunikation an der Uni Passau

» [www.inkup.uni-passau.de](http://www.inkup.uni-passau.de)

Arbeit und Bildung International – Erfurt

» [www.ab-international.dgb-bwt.de](http://www.ab-international.dgb-bwt.de)

Arbeitskreis Neue Erziehung – Berlin

» [www.ane.de](http://www.ane.de)

Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen – Köln

» [www.bfmf-koeln.de](http://www.bfmf-koeln.de)

berami – Berufliche Integration von Migrantinnen – Frankfurt/Main

» [www.berami.de](http://www.berami.de)

Damenmaßschneiderei „La Silhouette“ – München

» [www.la-silhouette.de](http://www.la-silhouette.de)

GEMIDE – Hannover

» [www.gemide.org](http://www.gemide.org)

HIPPY – Sprach- und Erziehungshilfe Hamburg

» [www.hippy-deutschland.de](http://www.hippy-deutschland.de)

Interdisziplinäres Zentrum für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen der Uni Oldenburg

» [www.ibkm.uni-oldenburg.de](http://www.ibkm.uni-oldenburg.de)

Interkulturelle Gesundheit in München » Referat für Gesundheit und Umwelt der Stadt München,  
T. 089/23347565

Interkulturelle Straßenfußballliga „Bunt kickt gut“ – München

» [www.buntkicktgut.de](http://www.buntkicktgut.de)

Interkultureller Arbeitskreis „Gemeinsam-Leben-Lernen“ – Passau

» [www.equal-ostbayern.de](http://www.equal-ostbayern.de)

Interkulturelles Bildungswerk „Horizont“ Ansbach » T. 0981/97 22 880  
Interkulturelles Stadtteilzentrum – Mainz-Neustadt  
» [www.arbeit-und-leben.de](http://www.arbeit-und-leben.de)  
Inssan – Für kulturelle Interaktion – Berlin  
» [www.inssan-ev.de](http://www.inssan-ev.de)  
Institut zur Förderung von Bildung und Integration – Mainz  
» [www.inbi-mainz.de](http://www.inbi-mainz.de)  
Integrationskurse an der Volkshochschule Wetzlar  
» [www.vhs-wetzlar.de](http://www.vhs-wetzlar.de)  
Islamisches Kulturzentrum an der Moschee – Höhr-Grenzhausen  
» T. 02624/41 22  
Jüdische Gemeinde – Frankfurt/M.  
» [www.jg-ffm.de](http://www.jg-ffm.de)  
Jugendhilfe-Netzwerk – Essen-Katernberg  
» [www.awo-essen.de](http://www.awo-essen.de)  
Jugend- und Kulturzentrum „Zweite Heimat“ – Höhr-Grenzhausen  
» [www.juz-zweiteheimat.de](http://www.juz-zweiteheimat.de)  
KENDI – Mentorenprojekt Hamburg  
» [www.verikom.de](http://www.verikom.de)  
Kinder- und Familienzentrum Schillerstraße – Berlin  
» [www.pfh-berlin.de](http://www.pfh-berlin.de)  
Kindersprachbrücke e. V. – Jena  
» [www.kindersprachbruecke.de](http://www.kindersprachbruecke.de)  
Kolpingschule – Aschaffenburg  
» [www.kolpingschule-aschaffenburg.de](http://www.kolpingschule-aschaffenburg.de)  
Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – Berlin  
» [www.kiga-berlin.org](http://www.kiga-berlin.org)  
Multikulturelles Seniorenzentrum „Am Sandberg“ – Duisburg  
» [www.drk-haus-am-sandberg.de](http://www.drk-haus-am-sandberg.de)  
Nachbarschaftszentrum „Multikulturelle Nordstadt“ – Wuppertal  
» [www.wuppertal.de/raa](http://www.wuppertal.de/raa)  
Nachbarschaftszentrum Niedergirmes – Wetzlar  
» [ev-gemeinde-ng@t-online.de](mailto:ev-gemeinde-ng@t-online.de)  
Privatschule „Bildungs- und Informationszentrum Landhaus“ – Stuttgart  
» [www.bil-privatschule.de](http://www.bil-privatschule.de)  
Selbsthilfe Arbeitsmarktzugang und Gesundheit für Asylsuchende – Osnabrück  
» [www.equal-saga.info](http://www.equal-saga.info)  
Streetsoccer Liga Hamburg  
» [www.streetsoccer-hamburg.de](http://www.streetsoccer-hamburg.de)  
Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen – Köln  
» [www.lernhaus-koeln.de](http://www.lernhaus-koeln.de)  
Türkischer Elternverein Berlin » T. 030/614 32 99  
Zentrum für interkulturelle Bildung & Begegnung – Gießen  
» [www.zibb-giessen.de](http://www.zibb-giessen.de)  
Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e. V. – München  
» [www.kikus-muenchen.de](http://www.kikus-muenchen.de)